

SOZIALDEMOKRATISCHES VOLKSBLATT

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und Bezirk Merseburg

Das Volksblatt erscheint mit Beilagen. Es ist Substitutions-Organ der genossenschaftlichen und ortsverpflichteten Organisationen und amtlichen Organ verschiedener Verbände. Schriftleitung: Dr. Wäckerle 6. Bernauer-Unterstraße Nr. 24/25, 2467, 2468. Persönliche Zustellung mittags von 13 bis 14 Uhr. — Unverlangt eingehenden Manuskripten ist kein Rückporto beizufügen.

Bezugspreis monatlich 1,50 und 0,50 RM. Zustellungsgebühr, insgesamt 2,10 RM., für Abholer wöchentlich 0,45 RM. Volkseigenpreis 2,10 RM., durch Postboten ausgehelt 2,50 RM., bei direkter Einlieferung an den Verlag 2,40 RM. — Einzelpreis 15 Pf. im Einzelnen und 50 Pf. im Heftmetriert der Wäckerle, Hauptvertriebsstelle: Dr. Wäckerle 6. Bernauer-Unterstraße 24/25, 2467, 2468. Postfachnummer 2019 Halle.

Die Führung der Sozialdemokratie verhilft nicht Herrn von Papen zu einem Alibi Wels und Breitscheid gehen nicht zu Papen Millionen aus dem Herzen gesprochen! / Gepfefferte Antwort an den Sachwalter einer winzigen Minderheit

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat am Dienstag einstimmig beschlossen, der Einladung des Reichskanzlers von Papen zu einer Unterredung in der Reichstagskanzlei nicht zu folgen.
Der Reichskanzler von Papen hat durch zweimalige Auflösung des Reichstags das deutsche Volk zu einem über seine Regierungspolitik befragt und zweimal verächtliche Abfragen erhalten. Die Verfassung, die er beschworen hat, gibt ihm nicht das Recht, weitere Verhandlungen zu führen, die verpflichtend für ihn übermäßig zum Rücktritt.
Der Reichskanzler von Papen hat sich bei seinem Vorgehen gegen die rechtmäßige Regierung Preußens über die Verfassung und den Spruch des höchsten Gerichts ebenso hinweggesetzt, wie er durch sein Verbleiben im Amte das Urteil des Volkes nicht abgelehnt hat. Er hat in seinen öffentlichen Reden die Parteien verunglimpft und diejenigen, die sich seiner Politik entgegenstellen, als Feinde des Volkes bezeichnet.

Sein ganzes Verhalten macht ihn als Verhandlungspartner für die Sozialdemokratische Partei ungeeignet.
Die Sozialdemokratische Partei erblickt in dem Reichskanzler von Papen den Sachwalter einer winzigen Minderheit, die sich in rückfälliger Wahrnehmung ihrer eigenen Klasseninteressen nicht scheut, über das Grundgesetz der Republik und die Rechte des Volkes hinwegzugehen.
Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion kann aus allen diesen Gründen von der geplanten Besprechung ein Ergebnis nicht erwarten. Er hält es jedoch für notwendig, in aller Öffentlichkeit seine Stimme zu erheben gegen eine Politik, die sich mit ihrem Schritt von dem Boden des Rechts weiter entfernt. Er wendet sich aufs schärfste gegen die öffentlich erklärten verbrecherischen Pläne, die darauf abzielen, die durch Beschluß der Nationalversammlung rechtmäßig zustandgekommene Verfassung auf verfassungswidrigen Wege abzuändern, und fordert den Rücktritt dieser Regierung.

Wir vergessen nichts!

Die Wels und Breitscheid gehen nicht zu Papen! Der einstimmige Beschluß des Vorstandes der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion findet in Millionen deutscher Arbeiter und Arbeiterinnen ein gemaltes Echo der Zustimmung.
Die Begründung, die dem Beschluß beigegeben ist, läßt an Klarheit und Eindeutigkeit nichts zu wünschen übrig: Für die Sozialdemokratie gibt es kein Verhandeln mit Herrn von Papen, es gibt für die Partei kein Verhandeln mit dem Beauftragten der schwärzesten und volksfeindlichsten Reaktion.

Des Kanzlers Reise abgesagt Katastrophaler Eindruck der Absage / Wandende, autoritäre Staatsführung

Rein Schritt weiter!

Am Mittwochvormittag empfing der Reichskanzler die Vertreter des Zentrums. Am Nachmittag hatte der Kanzler Besprechungen mit je einem Vertreter der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei.

Die amtlichen Verlautbarungen über den Empfang lassen erkennen, daß der Kanzler nicht einen Schritt weiter gekommen ist.
Nach wie vor ist das einzige Mit-

teil, die Krise zu lösen, der Rücktritt des derzeitigen Reichskanzlers.

In der bürgerlichen Presse hat der sozialdemokratische Beschluß, nicht zu Papen zu gehen, einen kalten Widerhall gefunden. Nebenbei kommt zum Ausdruck, daß die Regierung damit eine empfindliche Schlappe erlitten hat.

Papen vor dem Sturz?

Die Mittwoch-Besprechung verlief völlig negativ, so daß Papen ins-

besondere unter dem Eindruck seiner Unterredung mit den Zentrumvertretern und den Vertretern der Bayerischen Volkspartei seine für Donnerstag geplante Reise nach Süddeutschland abgesagt hat.
Am Donnerstag wird sich das Reichskabinett mit dem Verlauf der Besprechungen beschäftigen.
Wahrscheinlich wird dann am Abend nach der Reichspräsidenten über den Gang der Unterredungen und die Konsequenzen, die Papen daraus zu ziehen gedenkt, unterrichtet werden.

schlich seit dem Sturze Brünnings in Deutschland Politik gemacht wurde. Diese Politik hat Herr von Papen zu verantworten! Und mit einem solchen Mann sollten sich unsere Führer an den Verhandlungstisch setzen? Nein und abermals nein!

Zehntausende, hunderttausende sozialdemokratischer Funktionäre im ganzen Reich, Millionen deutscher Arbeiterinnen und Wähler haben Anfang Juni dieses Jahres mit Empörung im Herzen gehört, wie ein reaktionäres Regime unsere alte stolze und ruhmreiche Partei im Volke zu einem verächtlichen, unsere Partei, die sich seit ihrem Bestehen keine andere Aufgabe gesetzt hat, dem Wohle der breiten Massen des Volkes zu dienen, die vor dem Kriege im Kriege und danach unter harten Opfern dem Wohle des Reiches alles unterordnete. Man wollte unsere Partei diffamieren! Am 20. Juli, als von einer maßgebendsten Kamarillo Braun und Seeböing aus ihren Ämtern entfernt wurden, da wurden ja nicht nur diese beiden Männer vertrieben, da führten sich Millionen und aber Millionen getroffen, die sich still aber entschlossen dem Schwur abgaben, den 20. Juli nie und nimmer zu vergessen. Was einem unserer Führer geschieht, das geschieht nicht ihm allein, da werden Millionen vertrieben, die millionenfach während im Volke das Bewußtsein geschworen haben, die Führung der Sozialdemokratischen Partei und Reichstagsfraktion hat mit ihrem Beschluß, nicht zu Papen zu gehen, dem Schwur der Millionen lauw und

vernehmlich Ausdruck gegeben: Wir vergessen nichts!

Zur sozialdemokratischen Absage schreibt der „Vorwärts“ u. a.:
Herr von Papen — das ist der Mann, der in seiner ersten Regierungserklärung alle republikanischen Regierungen des Reichs beschimpfen ließ! Hat er ihnen nicht vorgeworfen: „Sie haben den Staat zu einer Wohlstandsankunft zu machen versucht und damit die moralischen Kräfte der Nation geschwächt“? Dieser Satz zielt auf die sozialdemokratische Staatspolitik und ihre Leistungen für das Volk. Was will Herr von Papen heute von den Männern, die „die moralischen Kräfte der Nation geschwächt“ haben?

„Die Nation wird vor die klare und eindeutige Entscheidung gestellt — so ließ Herr von Papen vor fünf Monaten verurteilen — mit welchen Kräften sie den Weg der Zukunft zu gehen gewillt ist.“ Die Nation hat seitdem schon zweimal klar und eindeutig entschieden: mit ihm nicht! Was haben wir mit diesem Mann und seinen Plänen zu schaffen? Wir kennen ihn und seinen Projekte gegenüber nur eine Haltung: schärfsten und rücksichtslosen Kampf!

Den Deklamationen des Kabinetts Papen gegen die republikanischen Regierungen und den Wohlfahrtsstaat sind bald Taten gefolgt. Das ganze arme und werftätige Volk weiß davon zu erzählen! Die Arbeiter von Hohznabund, die Erwerbslosen des un- Richtung der Arbeitslosenhilfe, die zu-

gendlichen vom Wegfall aller Unterstützung, die Kriegsoffer von Rentenzürkung! Für sie alle weht der Name Papen nur einen Schrei der Empörung, des Protestes, sie alle kennen ihn gegenüber nur eine Forderung: fort mit Papen!

Was Herr von Papen über die Haltung der Sozialdemokratie zu erfahren wünscht, das wird er in vollster Öffentlichkeit erfahren! Der Partiausschuß der Sozialdemokratischen Partei hat ihm erklärt: schärfster und rücksichtsloser Kampf! Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wiederholt diese Kampfanlage und fordert seinen Rücktritt.
Wehr hat ihm die Sozialdemokratische Partei nicht zu sagen!

„In dem Beschluß, nicht zu Papen zu gehen, liegt nicht nur eine neue Kampfanlage der Sozialdemokratie, er bringt zugleich zum Ausdruck, daß die Sozialdemokratie niemals vergessen wird, wie schänd-

lich seit dem Sturze Brünnings in Deutschland Politik gemacht wurde. Diese Politik hat Herr von Papen zu verantworten! Und mit einem solchen Mann sollten sich unsere Führer an den Verhandlungstisch setzen? Nein und abermals nein!

Zehntausende, hunderttausende sozialdemokratischer Funktionäre im ganzen Reich, Millionen deutscher Arbeiterinnen und Wähler haben Anfang Juni dieses Jahres mit Empörung im Herzen gehört, wie ein reaktionäres Regime unsere alte stolze und ruhmreiche Partei im Volke zu einem verächtlichen, unsere Partei, die sich seit ihrem Bestehen keine andere Aufgabe gesetzt hat, dem Wohle der breiten Massen des Volkes zu dienen, die vor dem Kriege im Kriege und danach unter harten Opfern dem Wohle des Reiches alles unterordnete. Man wollte unsere Partei diffamieren! Am 20. Juli, als von einer maßgebendsten Kamarillo Braun und Seeböing aus ihren Ämtern entfernt wurden, da wurden ja nicht nur diese beiden Männer vertrieben, da führten sich Millionen und aber Millionen getroffen, die sich still aber entschlossen dem Schwur abgaben, den 20. Juli nie und nimmer zu vergessen. Was einem unserer Führer geschieht, das geschieht nicht ihm allein, da werden Millionen vertrieben, die millionenfach während im Volke das Bewußtsein geschworen haben, die Führung der Sozialdemokratischen Partei und Reichstagsfraktion hat mit ihrem Beschluß, nicht zu Papen zu gehen, dem Schwur der Millionen lauw und

vernehmlich Ausdruck gegeben: Wir vergessen nichts!

Zur sozialdemokratischen Absage schreibt der „Vorwärts“ u. a.:
Herr von Papen — das ist der Mann, der in seiner ersten Regierungserklärung alle republikanischen Regierungen des Reichs beschimpfen ließ! Hat er ihnen nicht vorgeworfen: „Sie haben den Staat zu einer Wohlstandsankunft zu machen versucht und damit die moralischen Kräfte der Nation geschwächt“? Dieser Satz zielt auf die sozialdemokratische Staatspolitik und ihre Leistungen für das Volk. Was will Herr von Papen heute von den Männern, die „die moralischen Kräfte der Nation geschwächt“ haben?

„Die Nation wird vor die klare und eindeutige Entscheidung gestellt — so ließ Herr von Papen vor fünf Monaten verurteilen — mit welchen Kräften sie den Weg der Zukunft zu gehen gewillt ist.“ Die Nation hat seitdem schon zweimal klar und eindeutig entschieden: mit ihm nicht! Was haben wir mit diesem Mann und seinen Plänen zu schaffen? Wir kennen ihn und seinen Projekte gegenüber nur eine Haltung: schärfsten und rücksichtslosen Kampf!

Den Deklamationen des Kabinetts Papen gegen die republikanischen Regierungen und den Wohlfahrtsstaat sind bald Taten gefolgt. Das ganze arme und werftätige Volk weiß davon zu erzählen! Die Arbeiter von Hohznabund, die Erwerbslosen des un- Richtung der Arbeitslosenhilfe, die zu-

gendlichen vom Wegfall aller Unterstützung, die Kriegsoffer von Rentenzürkung! Für sie alle weht der Name Papen nur einen Schrei der Empörung, des Protestes, sie alle kennen ihn gegenüber nur eine Forderung: fort mit Papen!

Was Herr von Papen über die Haltung der Sozialdemokratie zu erfahren wünscht, das wird er in vollster Öffentlichkeit erfahren! Der Partiausschuß der Sozialdemokratischen Partei hat ihm erklärt: schärfster und rücksichtsloser Kampf! Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wiederholt diese Kampfanlage und fordert seinen Rücktritt.
Wehr hat ihm die Sozialdemokratische Partei nicht zu sagen!

Die Weitschenhelden

Hilfers Leibschutzeure zu 22 Monaten Gefängnis verurteilt

Die vier Weitschenhelden Hilfers wurden vom Schulgericht in Erlangen wegen Waffenbesitzes und Körperverletzung zu insgesamt 22 Monaten Gefängnis verurteilt.
Bei einer Fahrt durch den Ort Forth hatten sie ohne jeden Anlaß auf Straßenpassanten mit Schusswaffen eingeschlagen; aus einem der Wagen wurde auch geschossen.
Nur einer der drei Wagen konnte von einem Weibarmen angehalten und durchsucht werden. Dabei wurden neben drei Handpistolen auch zwei Revolver ergriffen.

Neuer Konflikt in Preußen

Landtagsausschuß ohne Regierungsveteran

Der Untersuchungsausschuß des Hauptauswahlschusses des Preussischen Landtags, der am Donnerstag wieder zusammentrat, um über den Antrag der Nationalsozialisten und des Zentrums zu sprechen, nahm die Verhandlung zur Beratung der Regierungsveteranfrage an.

Die Abg. Schwanitz (Komm.) und Hentler (Nats.) waren der Ansicht, daß in der Nichtentfaltung des Landtags die Verwirklichung des Hauptauswahlschusses selbst eine scharfe Entschärfung zur Annahme empfohlen werden müsse.

Demgegenüber vertreten die Abg. Seiwert (Soz.) und H. Hamburger (Soz.) die Auffassung, daß der Hauptauswahlschuß für eine Stärkung der Sachlage zuträglich sei.

Wie der Vorsitzende mitteilte, hat er zusammen mit dem Landtagspräsidenten Herrl eine längere Unterredung mit Reichskommissar Dr. Bracht gehabt. Dieser habe empfohlen, man möge Kommunisten anfordern, allerdings hätten diese keine anderen Befugnisse als Auskünfte zu erteilen. Die kommunistische Regierung sei dem Landtag nicht verantwortlich und die frühere Regierung habe keine Befugnisse.

Verantwortliche Minister gäbe es zur Zeit in Preußen nicht.

Dr. Bracht habe zum Ausdruck gebracht, daß er bereit gewesen wäre, einen Erlaß entsprechend dem Rechtsauschuß zu erteilen, doch habe ihm das Urteil des Staatsgerichtshofs diese Befugnisse genommen. Am übrigen sei für ihn die Mitarbeit des Landtags gegenstandslos.

Abg. Brel (Z.) erklärte, daß es nach diesem Ergebnis keinen Zweck mehr habe, in die sachliche Beratung der Angelegenheit einzutreten. Man werde vielmehr mit einer scharfen Entschärfung in die Öffentlichkeit gehen müssen.

Es entspann sich dann eine längere Aussprache über die Frage, ob man nicht den Ministerpräsidenten Braun und Ministerialdirektor Bredt herbeiführen solle, was von Seiten des Zentrums und der Kommunisten bestritten, von den Sozialdemokraten und den Deutschen Nationalen aber abgelehnt wurde. Von der Herbeiführung wurde Abstand genommen.

Ueber die Frage, ob nicht namentlich eine neue Klage beim Staatsgerichtshof eingeleitet werden müsse, um der alten Regierung die ihr durch das Selbiger Urteil zugewandene Ausübung ihrer Befugnisse zu ermöglichen, und von dem diese Klage ausgehen müsse, konnte eine Klarheit nicht erzielt werden.

Der Vorsitzende schloß schließlich vor, der Regierung Braun offiziell mitzuteilen, daß das Staatsministerium zu der Sitzung des Untersuchungsausschusses eingeladen worden sei, sich aber niemand eingefunden habe. Der Hauptauswahlschuß selbst solle am 22. und 23. dieses Monats zusammentreten, um einen Bericht des Untersuchungsausschusses entgegenzunehmen. Zu dieser Sitzung solle die rechtmäßige Regierung unmittelbar eingeladen und den Kommunisten eine Abschrift der Einladung zugesandt werden. Er selbst sei, wenn es gewünscht werde, bereit, den Ministerpräsidenten Braun auch persönlich über die Sachlage zu unterrichten.

Der Ausschuß nahm dann mit Stimmfaltung des Abgeordneten Ebersbach (Dnt.) folgende Entschärfung an:

„Am 14. und 15. November 1932 ist ein Untersuchungsausschuß des Hauptauswahlschusses zusammengetreten mit der Aufgabe, diejenigen Maßnahmen zu beraten, welche die Sparverordnung vom 8. Juni 1932 entgegenstehen und eine zweckentsprechende Verwaltungsreform vorbereiten.“

Am die Erledigung dieser Aufgabe wird der

Untersuchungsausschuß dadurch gebindert, daß das Staatsministerium über bevollmächtigte Vertreter nicht erschienen sind, obwohl die in Frage kommenden Ministerien in der üblichen Weise Einladungen erteilt haben.

Der Untersuchungsausschuß besteht aus seinem verfassungsmäßigen Recht, die Anwesenheit der Minister zu verlangen. Er hat festgestellt, daß der Reichskommissar die Einladungen an das geschäftsführende Staatsministerium nicht weitergeleitet hat.

Der Untersuchungsausschuß verlangt die Befestigung jedes Hindernisses, durch welches das Erscheinen von Ministern oder deren bevollmächtigten Vertretern unmöglich gemacht und damit dem Landtag die Durchführung der ihm verfassungsmäßig obliegenden Aufgaben erschwert wird.

In der Abstimmung hierüber erklärte der fraktionale Abgeordnete Ebersbach, die Feststellung einer Entschärfung gebe über den Namen der dem Untersuchungsausschuß übertragenen Aufgaben hinaus. Es müsse dem Hauptauswahlschuß die Bericht erteilt werden solle, vorbehalten bleiben, selbst die aus den Tatsachen sich ergebenden Schlüsse zu ziehen.

Die nationalsozialistische Landtags-Fraktion beantragt im Preussischen Landtag, dem mit der Bezeichnung „Ghitago-Ausschuß Bernhard Weiß“ eingeleiteten Untersuchungsausschuß gegen Frau Weiß verfahren, das Sozialdemokratische Fraktion habe sofort nach dem Ergebnis des „Angriff“-Prozesses die Veränderung des Namens beantragt. Dieser Name ist übrigens ein Geistesergußnis des bis hart an die Versuchsgrenze übererregten Nationalrats Roland Freisler. Der auch den erachtlichen Verleumdungsantrag gegen Frau Weiß verfaßt hat, von dem unter der allgemeinen Empörung dann die Registrierung über Berliner Polizeispähnen zu offiziell brühte. In wieviel Wägen wird der Huber Freisler, holländischer Kommissar a. D., seine Fraktion noch hineinreißen?

Berlin feiert Hauptmann

Die Berliner feiern zu Ehren des 70jährigen Gerhart Hauptmann feierlich im Folgen herrlicher Dankbarkeit und aufrichtiger Bewunderung. Viele Tausende füllten die Ausstellungshallen am Kallertmarkt, wo die Stadt Berlin, die „Gesellschaft Deutscher Bühnenangehöriger“ und andere große Verbände dem Dichter Götteropfer darbrachten.

Am Dienstag empfing Gerhart Hauptmann eine ansehnliche Delegation von Gratulanten; die Zahl der telegraphischen Glückwünsche war so groß, daß die Post zu seinem Gedenken einen registrierten Sonderdienst einrichten mußte. In A. haben die Schüler des Gymnasiums von Rapallo, einem häufigen Aufenthaltsort des Dichters, ein ins Italienische überlegtes Werk Hauptmanns mit einer goldenen Aufschrift überreichten lassen. Spender der anderen Geschenke und Verfasser herrlicher Briefe sind im übrigen nicht nur offizielle, sondern auch sonstige prominente Persönlichkeiten, sondern ist auch Unbekannte, die sich durch Hauptmanns oft so feinstalantes Wort persönlich berührt fühlen.

Die Berliner Theater ehrten den Dichter durch Aufführungen seiner Werke: man sah „Die Natten“, „Gabriel Schillingers Fiedel“, „Michael Kramer“ und den „Biberpelz“. Besonders die „Natten“-Aufführung in der „Volksbühne“ — unter den Mitwirkenden Eugen Krieger und Käte Dörfler, unter den Anwesenden Gerhart Hauptmann selbst — gestaltete sich zu einem eindrucksvollen Erlebnis. Alfred Kerr sprach einleitende Worte der Jubelung und des Dankes.

Im sogenannten Haus der „Juristen“ wurde die bereits in Breslau zusammengegestellte und auch dort gezeigte Gerhart-Hauptmann-Ausstellung eröffnet.

Waffen im SA-Heim

Eigener Bericht

Duisburg, 16. November. In Duisburg-Gamborn wurden Polizeibeamte in Zivil, als sie an dem SA-Heim in der Roonstraße vorbeizogen, von einem der dort Posten stehenden SA-Leute beschimpft. Dabei lagen die Beamten, daß einer der Leute einen Sammeltrüffel trug. Daraufhin wurde eine Hausung vorgenommen, bei der zwei Revolver mit Munition, mehrere mit Eisen beschlagene Taschenmesser und 33 Schußpatronen herabgeschüttelt gefunden wurden. 16 SA-Leute wurden in Haft genommen. Bei einer zweiten Durchsichtigung wurden die Beamten beschimpft und ihnen Rache angedroht.

Adolf Hitler eingeladen

Eigener Bericht

Adolf Hitler ist zu Donnerstag zu politischen Besprechungen in die Reichshauptstadt geladen. Die Reichspresse bemerkt jedoch nach wie vor, daß er zu den Verhandlungen erscheinen wird. Es verläutet, daß er Feind und Göring als seine Vertreter entsenden werde. Die Reichspresse greift die Papen-Regierung nach wie vor an, weil sie zu den politischen Besprechungen auch die Führer der Sozialdemokratischen Partei eingeladen hat.

Blutige Familientragödie

Eigener Bericht

Dresden, 16. November. In der Familie des Arbeiters Reimar in Oshatz hat sich eine blutige Tragödie zugezogen. Als Reimar mittags nach Hause kam, fand er seine 34 Jahre alte Ehefrau tot auf. Sie hatte sich und ihre beiden vier und acht Jahre alten Kinder durch Leuchtgas aus noch unbekanntem Grund vergiftet.

Räuber in der Kirche verhaftet

Eigener Bericht

Duisburg, 16. November. Am Dienstagabend gelang es der Polizei, die berüchtigten Räuber Papob, Theissen und Lupp, denen eine ganze Reihe von Raubüberfällen im Ruhrgebiet und der Ueberfall auf einen Kassenboten in Erturt zur Last gelegt werden, zu verhaften. Die Polizei hatte in Erfahrung gebracht, daß die Räuber sich in der Petrikirche in Duisburg-Hochfeld aufhielten. Als ein Beauftragter kommend die Kirche umfleckte, schlüßten die drei Theissen erhielt dabei einen lebensgefährlichen Kopfschuß; seine Komplizen wurden verhaftet. Die Räuber trugen 80 Pistolen und 73 Schußmunition bei sich.

Für 15 000 Mark Juwelen gestohlen

Eigener Bericht

Dresden, 16. November. In ein Uhren- und Juwelengeschäft brachen Berliner Einbrecher, die am Dienstag nach Dresden gekommen waren, von dem Gerdorfsch eines stillgelegten Ballplatzes durch die Dede ein und erbeuteten zahlreiche Schmuckgegenstände und Uhren im Werte von 15 000 Mark. Bisher hat man der unermühten Gäste nicht habhaft werden können.

Das 13. Genfer Opfer

Eigener Bericht

Genf, 16. November. Im Kanton-Hospital in Genf ist jetzt das 13. Opfer des Maschinengewehrschusses vom 8. November seinen Verletzungen erlegen. Es ist ein Lehrer, der wie zehn andere getötete Demonstranten mit der Demonstration gar nichts zu tun hatte und der nach Hausewege von den Angeln überfallen wurde.

Der veränderte Herriot-Plan

Nationalisten zufrieden — Sozialisten kritisieren

Eigener Bericht

Paris, 15. November.

Der am Montag veröffentlichte Abdrucksplan findet in der französischen bürgerlichen Presse allgemeine eine günstige Aufnahme.

Selbst die nationalistiche Presse hält heute mit ihren Angriffen zurück, denn, wie Berling in „Echo de Paris“ feststellt, ist der Plan, seitdem er dem Obersten Landesverteidigungsrat unterbreitet worden ist,

bedeutenden Veränderungen unterzogen

worden. „Wir haben“ — so schreibt Berling — „einen unter dem Einfluß Herriot's Kartreul-Dierien Plan vor uns, der mit dem Plan Tardieu vom 8. Februar vergleichbar ist und der als tatsächliches Ergebnis nur die Folge haben kann, daß der Völkerverbund aufhört, die entscheidende Rolle zu spielen, die diejenigen ihm zuschreiben, die ihn geschaffen haben.“

Der sozialistische „Populaire“ erklärt, daß der Plan sehr viele gute Seiten habe, so u. a. die Schaffung von Militärbehörden, die internationalen Kontrolle, die Abschaffung der privaten Waffenfabrikation und der Bombenfabrikation sowie die Abänderung der bisherigen Bestimmung des Völkerverbundes, daß Maßnahmen gegen einen Angriff vom Völkerverbund nur mit Einstimmigkeit beschlossen werden können. Andererseits habe er aber viele schlechte Eigenschaften. Es fehlten genaue Angaben über eine finanzielle Abdrückung. Der Plan sehe ferner nicht die völlige Abschaffung der Angriffsbereit vor. Er schaffe neben und über den Willen eine Spezialarmee, eine Art Reichswehr, die mit einem starken Kriegsmaterial ausgerüstet werden soll. Auf diese Weise sollten die Urheber des Planes ihre Idee von der Schaffung einer internationalen Armee zu verwirklichen. Müsse man also nicht, wenn man näher hinsieht, annehmen, so schreibt das sozialistische Blatt, daß dieser Plan nicht zu einer allgemeinen Abrüstung führt, sondern vor allem zu einer Wiederaufrüstung Deutschlands einerseits und zur Schaffung einer Berufsarmee vom Typ der Reichswehr in Frankreich?

Genf, 15. November.

Gelegentlich der Veröffentlichung des französischen Memorandum, veranstaltete die französische Delegation einen Pressenapung, bei dem der Delegierte Kuber den französischen Plan in großen Zügen zusammenfaßte. In seinen Ausführungen hob Kuber besonders hervor, daß der französische Plan ein unteilbares Ganzes bilde. Er unterließ dabei die im Schlußteil des Memorandum enthaltene Feststellung, daß der Plan, soweit er den technisch-militärischen Teil betrafte, nur stufenweise verwirklicht werden

könne, und daß dabei die Erfahrungen, die hinsichtlich der lokalen Durchführung der fürs erste getroffenen Bestimmungen gemacht werden, zurunde gelegt würden.

Bemerkenswert war auch an den Ausführungen des französischen Vertreters der allerdings auch schon in dem Memorandum enthaltene Hinweis, daß das dem Völkerverbund zur Durchführung

der gegenläufigen Hilfeleistung zur Verfügung gestellt

werden soll. Dabei betonte Kuber ganz besonders, daß dies natürlich nur für solche Staaten in Betracht komme, die über solches Kriegsgüter verfügen.

Begnadigte Naziabgeordnete

Sie dürfen in Bayern wieder mitkun

Eigener Bericht

München, 16. November.

Auf Betreiben der Bayerischen Volkspartei wurden die 41 Nazi-Abgeordneten, die am 17. Juni wegen wüster Ständehäufigen von 20 Sitzungen des Landtags ausgeschlossen wurden, nunmehr begnadigt und zur parlamentarischen Arbeit wieder zugelassen. Sie haben verprochen, sich künftig zur Ordnung des Hauses zu fügen und außerdem ihre Klage beim Staatsgerichtshof, die sie wegen ihres Ausschusses eingereicht hatten, zurückzuziehen. Außerdem soll die Geschäftsordnung des Landtags durch eine Bestimmung ergänzt werden, die das Tragen von Parteinamen in den Sitzungen untersagt.

Verleumdeter Abgeordnete

Eigener Bericht

Zwickau, 16. November.

Wegen verleumdender Artikel Verleumdung des sozialdemokratischen Abgeordneten des Sächsischen Landtags Paul Hermann sind vom Schöffengericht Zwickau drei Nationalsozialisten zu Gefängnisstrafen von fünf bis sechs Monaten verurteilt worden. Paul Hermann wurde kürzlich von Nationalsozialisten bereits das zweite Mal verurteilt.

Abgewiesene Hitler-Klage

Die Nazivereinbarungen mit Hitler

Eigener Bericht

Stuttgart, 16. November.

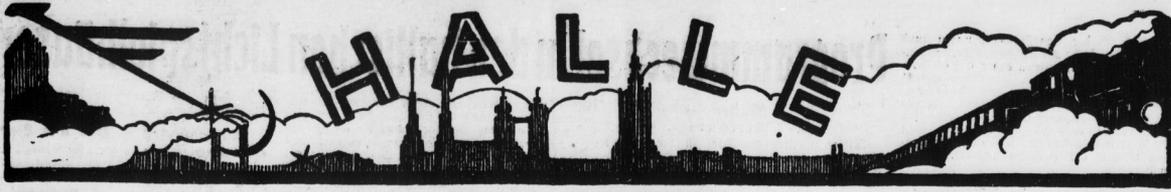
Eine von Adolf Hitler gegen die „Schwabische Tagwacht“ gerichtete Klage wurde am Mittwoch von der höchsten Zivilinstanz des Landesgerichts Stuttgart unter Vorbehalt des Landgerichtsdirektors Paul zurückgewiesen. Die „Schwabische Tagwacht“ hatte am 20. Juli dieses Jahres einen Artikel unter der Ueberschrift veröffentlicht: „Neues Jungferndiktat — Auch das wollen die Nazis bewilligen“. In dem Artikel waren dann im Hinblick auf die von dem Na-

tionalsozialisten gegenüber der Regierung Papen geleistete Unterstützung die Suedradial „Hitler-Verordnung“ und „nationalsozialistische Unterstützungsleistungen“ gebraucht worden. Hitlers Klageantrag ging auf Erlass einer Verfügung gegen die „Schwabische Tagwacht“, solche Ausdrücke zu unterlassen, da sie eine Verleumdung oder üble Nachrede im Sinne der Paragraphen 185 und 186 des Strafgesetzbuches seien. Das Gericht ist jedoch in vollem Umfang der Auffassung der Beklagten beigetreten, daß solche Verleumdungen nicht vorliegen. Von ihnen hätte nur dann gesprochen werden können, wenn die zwischen der Partei Adolf Hitlers und der Regierung Papen etwa getroffenen Abmachungen zu unzulässigen oder eigennützigen Zwecken erfolgt wären. Das war aber nicht der Fall und somit war dem Antrag der Boden entzogen und die Klage abzuweisen.

Hakenkreuz und Sowjetstern

Im Kampf gegen Sozialdemokraten vereint

In Oesterreich haben die Kommunisten die Erzeugung der Verwirrung über die herzubehaltenen Ausfluchtungen, die die Regierung in letzter Zeit vornimmt, dazu benutzt, gemeinsam mit den Hakenkreuzern gegen die Sozialdemokraten vorzugehen. Am Dienstagabend fand in den Stadtteilen in St. Pölten in Niederösterreich eine Arbeitslosenversammlung statt, an der 1600 Personen teilnahmen. Die Versammlung nahm einen sehr stürmischen Verlauf. Kommunisten und Hakenkreuzer schloßen sich zusammen und gingen gemeinsam gegen die Sozialdemokraten vor. Es entstand eine registrierte Sozialistische, Stille und Einrichtungsgegenstände wurden geschleubert und 20 Personen verletzt. Eine Frau mußte schwer verletzt ins Spital gebracht werden. Die Sozialdemokraten wurden von den vereinigten Kommunisten und Hakenkreuzern aus dem Saal gedrängt. Kommunisten und Nazis bildeten dann eine eigene Versammlung, in der vier Kommunisten und vier Hakenkreuzer gemeinsam den Vorsitz übernahmen. Die Sozialdemokraten haben die Demonstration eine neue große Versammlung einberufen, in der das gemeinsame Vorgehen der Hakenkreuzer und der Kommunisten, die sich immer für geistliche Antifaschisten ausgaben, besprochen werden wird.



Ein Charakterbild von besonderer Schönheit

ROD.-Führer Quarch

Wegen Betrugs und Abtötung zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt

Der ehemalige Angestellte des Deutschen Landarbeitersbundes und jetzige Organisationsleiter des R.O.D. im Kreise Werseburg hatte sich am Dienstag vor dem Schöffengericht in Halle zu verantworten. Quarch war einige Jahre im holländischen Geschäft und später als Kreisleiter des R.O.D. in Werseburg tätig gewesen. Als es sich herausstellte, daß er wegen gewisser privater Ambitionen nicht die erforderliche Qualifikation für seine hauptamtliche Tätigkeit besaß, wurde er aus seiner Stellung entlassen. Wie richtig man ihn eingeschätzt hatte, bewies die Tatsache, daß er

für den durch die Schuld dieses Menschen noch einige Arbeitslose nach Hausfriedensbruch sich werden verantworten müssen, die er in seine Wohnung bestellt hatte, damit das Wegschaffen der vom Verband der Bergarbeiter mit Beschlag belegten Möbel unter dem Druck der Meinung, daß derartige Elemente nichts in der Arbeiterbewegung zu suchen haben. Wenn die R.O.D. solche Menschen freudig aufnimmt, mag sie das mit sich und ihren Anhängern abmachen. Daß Quarch bei den Kommunisten trotz seiner Einstellung noch eine Rolle spielen kann, ist so charakteristisch, daß man darüber keine weiteren Worte zu verlieren braucht.

Der Staatsanwalt geistete das Verhalten Quarchs auf außerordentlicher Schärfe. Er bezeichnete es als eine Gemeinheit ersten Ranges, daß Quarch es fertiggebracht habe, amten Landarbeitern unter schwindelhaften Angaben die letzten zusammengehörten Groschen abzurufen. Er beantragte eine Gesamtstrafe von 6 Monaten Gefängnis unter ausdrücklicher Verfolgung von Bewährungsfrist. Das Gericht erkannte auf 5 Monate Gefängnis und billigte die für 2 Monate Bewährungsfrist, wenn er sich in der Strafstadt aufhält.

In seinem Schlusswort sagte er Qu. noch, von Drabstjernen zu reden, die seine Entlassung im R.O.D. vom Jahre gebrochen hätten. Wir sind der Meinung, daß derartige Elemente nichts in der Arbeiterbewegung zu suchen haben. Wenn die R.O.D. solche Menschen freudig aufnimmt, mag sie das mit sich und ihren Anhängern abmachen. Daß Quarch bei den Kommunisten trotz seiner Einstellung noch eine Rolle spielen kann, ist so charakteristisch, daß man darüber keine weiteren Worte zu verlieren braucht.

Halle wird kleiner

Die Krise wirkt sich aus.

Die Einwohnerzahl von Halle hat in den letzten Monaten wieder abgenommen; sie betrug am 1. Oktober d. J. nur noch 201 827 Personen, gegenüber 202 776 am 1. Oktober vorigen Jahres. Die Verluste der letzten Zeit sind hauptsächlich dadurch entstanden, daß große Familien von Halle weggezogen. So sind im September d. J. 125 Familien fortgezogen und nur 60 Familien in derselben Zeit als Jung neu gemeldet worden, so daß sich ein Wanderungsverlust von 65 Familien ergibt.

In derselben Richtung wirkt die gleichzeitige Abnahme der Beschäftigten — 150 weniger als zu gleicher Zeit des Vorjahres. Von Januar bis September d. J. sind nur 1041 Beschäftigten zu verzeichnen gewesen.

Der Verlust von fast 1000 Menschen binnen eines Jahres zeigt eindringlich, in welchem Maße Halle und der engere mitteldeutsche Industriebezirk von der Krise betroffen worden sind. Uns scheint jedoch die Hoffnung, die gewisse Stellen des Magistrats auf einen Einmarsch der gegenwärtigen Reichsregierung für unsere Heimat setzen, illusorisch. Herr von Bayern und sein Stellvertreter in Preußen haben, das dürfte durch Tatsachen genug erwiesen sein, nur etwas für den agrarischen Osten, nicht aber für notleidende mitteldeutsche Industrie etwas übrig. Für die langfristige bei der „grundgesetzlichen Staatsführung“ nur zu einem Zweifels-Ertrag.

Morgen, Freitag, den 18. November, abends 7.30 Uhr findet im „Volkspark“, eine

große Funktionärfratze

statt. Thema: Die Aufgaben der Sozialdemokratie nach dem 6. November.

Redner: Reichstagsabgeordneter Peters

Teilnahmeberechtigt sind: Sämtliche Parteifunktionäre, Betriebsvertrauensleute, Redner und Gewerkschaftsangehörte. Funktionärsausweis und Parteimitgliedsbuch sind am Saaleingange vorzulegen. Keiner darf fehlen! Ortsvereinsvorstand der SPD.

Raubüberfall nach 2 Jahren aufgeklärt

Auch gefährliche Einmisseteile in Halle festgenommen

Nach umfangreichen Ermittlungen gelang es der holländischen Kriminalpolizei, den am 1. Oktober 1930 in Erfurt verübten Raubüberfall aufzuklären und die Täter festzunehmen. Vier Männer und ein Kind waren damals unter dem Pseudonym „Hände hoch“ in das Geschäftszimmer der Siebenbürgenstraße, Erfurt-Road, eingedrungen. Die anwesenden drei Vorstandsmitglieder, die gerade mit dem Jüden der eingegangenen Mietsgeber beschäftigt waren, leisteten sich zur Wehr, wobei sie mit den Räubern in ein erbittertes Schanzengefecht kamen. Nach Abgabe einiger Schüsse flüchteten die Räuber und entkamen unerkannt.

Die beschuldigten, einen Vermieter, der sie bei der Durchsuchung ertappte, mit der Schusswaffe bedroht und gefesselt zu haben. Als sie jetzt zum drittenmal Halle heimfinden wollten, erlegte sie ihr Schicksal, indem die Vermieterin durch eine vor einigen Tagen gegebene polizeiliche Pressefotografie erkannt, die Polizei rechtzeitig benachrichtigte. Die beiden sind in vollem Umfange geständig.

Es wird nochmals eindringlich darauf gewarnt, fremde Leute, die sich nicht wort polizeilich anmelden, in Untermiete zu nehmen.

Motorrad — in der Saale vertriebt!

Vor einigen Tagen wurde von der Straße ein Motorrad gestohlen. Als diese wurden ein Ballener und ein Schiffer aus Weitzin, dessen Kahn hier im Hafen lag, festgehalten. Das Motorrad wurde in einem eigenartigen Versteck vorgefunden, nämlich in der Saale, wo es mit einem 8 Meter langen Strich in der Nähe eines Schiffsdamms verankert war. Die Täter hatten beabsichtigt, das Motorrad später aus der Saale in den Kahn zu ziehen und es auf einer nach Jamburg in Aussicht stehenden Fahrt zu verkaufen.

Bezugsveranstaltungen des D.M.B.

finden für das Zentrum heute abend im Gewerkschaftsraum und für den Morgen abend im „Landhaus“, Werseburger Straße, statt. Auf der Tagesordnung stehen der Bericht von der Bezirkskonferenz und die Wahl der Bezirksführer. Die Fraktionseleitung erachtet die organisierten Metallarbeiter, zu den Veranstaltungen Mitgliedsbuch und Stimmliste mitzubringen.

Wahlhochschule Halle.

Die Vorlesungen und Übungen von Herrn Univ.-Doktor Dr. Wittig sind am Donnerstag und Freitag nach in dieser Woche wegen Erkrankung des Dozenten ausfallen.

Ahnungslose Aufsichtsräte

Aus der Gründungszeit des Heimstätten-Baubundes.

Am Dienstag wurden im Lehrstuhl-Projekt die letzten vier Angehörten ihrer Tätigkeit im Aufsichtsrat des Heimstätten-Baubundes vernommen. Ihre Aufgaben betrafen das Bild, das wir schon einmal über sie gebracht haben. Die Leute sind in den Aufsichtsrat hineingekommen, weil man ihnen, die ihre Beamtenschaft selbst eingeschätzt hatten und infolge dessen darauf drangen, daß sie bauen konnten, durch beamtentümliche Mitarbeit den Mund hopen sollte. Den raffinierten Betrüger Knapsch und Terhorst gelang es bei allen möglichen Manipulationen immer wieder, ihre Aufsichtsratsstellen zu bekommen, und sie haben im weitestlichen mit ihnen gemacht, was sie eben machen wollten. Im September 1929 schienen allerdings die Differenzen zwischen Aufsichtsrat und Vorstand, der aus Knapsch und Terhorst bestand, so groß gewesen zu sein, daß der Aufsichtsrat keine Stante mehr bewilligte, weil Terhorst nicht zu bewegen war, über die Lage der Genossenschaft freie Auskunft zu geben. Zuletzt, meinte der Angelegte Wohlfahrt dristlich, habe der Aufsichtsrat überhaupt nicht mehr nach dem Stand der Genossenschaft gefragt, weil man vom Vorstand in jenem hinteren Nicht geführt wurde! In ähnlicher Weise ließen sich die anderen Angehörten aus. Der Schriftführer Banerotti scheint ein ganz besonders kluger Mann von Abnungsfähigkeit gewesen zu sein. Er war mit in der sogenannten Wuchrfunktionskommission, die die Bücher des Vorstandes zu prüfen hatte. Auf die Frage, ob ihn denn die Revisionen jemals betroffen hätten, betonte er treuerichtig, daß er sich darüber gar keine Gedanken gemacht habe. Er habe immer Vertrauen zu Terhorst gehabt. Der habe immer „mächtige Borträge“ gehalten.

Am Anfaß an die Angelegtenvernehmung gaben die Sachverständigen Emburg und Wolff über die zahllose gleichzeitige Entwidlung des Heimstätten-Baubundes, über die Klagen und über die Klagen des Zusammenbruchs ihre Gutachten ab. Im Mitgliedsbuch hatte der Heimstätten-Baubund in ersten Jahre etwa 600, im zweiten Jahre war die Mitgliederzahl durch die schwindelhaften Reflektoren bereits auf 4000 angewachsen und im März 1930, bei dem

Wapen geht!

Das offizielle Conti-Magazin-Büro meldet: Das Reichskabinett hat sich heute vormittag um 11 Uhr zu der angeordneten Sitzung versammelt. Der Rednerfolgung gingen Einzelbesprechungen des Reichskanzlers voraus, nach deren Verlauf in politischen Kreisen der Eindruck herrschte, daß das Kabinett schließlich den Weg weisen wird, dem Reichspräsidenten seine Gesamtmission anzuweisen. Kommt das Kabinett zu dieser Entscheidung, so wird es zunächst geschäftsführend im Amte bleiben. Der Reichspräsident hätte dann eine weitere Waffe für seine Verhandlungen mit den Parteien.

Ghepar auf Diebstahrsfahrt

Am 15. November gelang es in Halle, ein seit 1931 auf Diebstahrsfahrt befindliches angelegtes Ghepar festzunehmen. Sie mieteten sich in einigen Städten bei wohlhabenden und allein stehenden Zimmervermietern ein. Wenn sie allein in der Wohnung waren oder wenn es ihnen unter irgendeinem Vorwande gelungen war, die Vermieter aus der Wohnung zu locken, hobten sie alles, was einigermaßen von Wert war, und verschwand. In ihrem Besitz befanden sich bei der Festnahme noch eine Reihe von Gegenständen, u. a. auch Schmuckstücke. In einem Falle werden

Advertisement for Bulgaria Sport cigarettes. It features a large illustration of a man in a suit and a woman in a dress. The text reads: 'für die Raucher der Bulgaria Sport ist in erster Linie die hervorragende Mischung aus bulgarischen Edel-Tabaken. Hochwillkommene Beigabe aber sind die prachtvollen Bulgaria-Gold-Filmbilder. BULGARIA SPORT, die 3 1/3 der Bulgaria 6 Zigaretten 20 Pfg. mit Gold-Filmbildern in natürlicher Farbwiedergabe'.

Unberechtigtes Geschrei über Agrarier-Not

Grüne Mißwirtschaft

Wenn viele Bauern sich jenen, erzählt der ehemalige Mann, wie man in der Berliner Jargon sagt, etwas von der Weisheit. Mit diesem Empfinden legt man eine Schrift zu den Akten, die von einem Dr. Peters geschrieben worden ist, der früher ein Minister war, und sich nun in der Landwirtschaft betätigt hat. Er hat sich in dem Betreff, nur nicht zu selbstaussagen. Und doch wird zum erstenmal der Fehler von der Landwirtschaftsministerialkommission festgestellt, die in den Landwirtschaftskammern und den wissenschaftspolitischen Organisationen der Landwirtschaft getrieben wird.

Die preußischen Landwirtschaftskammern allein verbrauchen jährlich rund 42 Millionen Mark; für alle getriebenen Körperlichkeiten anderer Art im Reich dürfen zusammen von mindestens 60 Millionen Mark gerechnet werden. Dazu kommen Tausende von großen wirtschaftspolitischen Organisationen — Reichslandbau, Bauernvereine, Arbeitsgelegenheitsorganisationen, Genossenschaftsvereine, Grundbesitzervereine usw. — die mindestens weitere 40 bis 50 Millionen Mark jährlich kosten. Zusammen also mindestens 100 bis 110 Millionen Mark jährlich! Das sind ganz phantastische Summen, die alles in den Schatten stellen dürfen, was an Organisationsaufwand in Deutschland noch zu verzeichnen ist.

Man erzählt von diesen Dingen, weil gegen die heutige Führung der wirtschaftspolitischen Organisationen der Landwirtschaft eine Forderung entstanden ist, Namen wie Freiherr von Wangenheim (Deutsche Tageszeitung), von Flemming-Baagig (Stettiner Landwirtschaftskammer), Freiherr von Wilmsdorf (Reichslandbauamt) und Dr. Peters (Landwirtschaftsminister) zu nennen. Die von Dr. Peters geleitete Kommission hat sich in der Landwirtschaft, Dr. Peters (Landwirtschaftsminister) und Dr. Peters (Landwirtschaftsminister) zu nennen. Die von Dr. Peters geleitete Kommission hat sich in der Landwirtschaft, Dr. Peters (Landwirtschaftsminister) und Dr. Peters (Landwirtschaftsminister) zu nennen.

Wie ernst diese neue reaktionäre Angelegenheit zu nehmen ist, wie gefährlich die Entfaltungen dieser Gruppe über die Landwirtschaft der land-

wirtschaftlichen Organisationen empfunden worden ist, zeigt die nicht zu denkernde Tatsache, daß der Landwirtschaftsminister Graf von Salferstedt vergeblich das Eingreifen der Schrift von Dr. Peters verlangt hat.

Die publizistische Aktion der Frondeure — die Schrift heißt „Die landwirtschaftliche Berufsvertretung“ von Dr. Peters und ist für 2,50 Mark von der Deutschen Verlags-Gesellschaft, Berlin SW. 11, zu beziehen — enthält auch Belegstücke genug. Die Schätzung von 40 bis 50 Millionen Mark für die Kosten der landwirtschaftlichen Organisationen (ohne getriebene Vertretungsorganisationen) werden als „vorläufig und eher zu niedrig“ bezeichnet. Auf Seite 106 heißt es dann: „Es sind die großen zentralen Organisationen, die diese enormen Mittel verschlingen und zu welchem Zweck werden diese Mittelsummen benötigt? Zur Aufrechterhaltung, eines Heeres von Geschäftsführern, Angestellten und anderen Funktionen und zu Zwecken der Propaganda in erster Linie, zu schließlich, der Landwirtschaft dienenden Arbeit oft nur nebensächlich. Und es werden nicht nur enorm laufende Einnahmen verbraucht, es werden oft auch Schulden über Schulden gemacht.“ Es folgt dann eine Darstellung der vollständigen Vollstreckung der Verbände und der meist unproduktiven enormen Belastung der einzelnen Bauern durch Umwegen über Vereinen und Vereinigungen verfahrenen Mittel. Schließlich die Gesamtschätzung mit Kammer- und Verbandsträgern sei man „zu sehr dabei Gegenstände gekommen“. Die Gesamtschätzung mit allen Beiträgen (Schwante „für den Morgen landwirtschaftlich genutzter Fläche zwischen 12 Pflanzung und 150 Pflanzung“). Das sind für 100 Morgen also bis zu 150 Mark.

Wir haben uns nun etwas näher angesehen, was diese Belastung der Landwirtschaft, von der in der Öffentlichkeit natürlich kein Anzeichen gemacht wird, praktisch heißt. Einmal sind die 150 Mark je 100 Morgen nämlich keineswegs eine Ausnahme, wie es scheinen könnte. Wir haben in Deutschland rund 3 Millionen Betriebe von über 2 Hektar, die für die Betriebe in erster Linie in Frage kommen. Auf sie entfallen 24 Millionen Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche. Bei rund 100 Millionen Mark Gesamtschätzung kommen auf 1 Hektar rund 4,20 Mark; auf 25 Hektar oder rund 100 Morgen kommen also jährlich 105 Mark Gesamtschätzung im Reichsdurchschnitt. Der Ausnahmefall ist also fast der Regelfall. In jedem Betrieb über 2 Hektar kommen jährlich

33 bis 40 Mark, an Vereins- und Verbandsträgern allein 14 bis 17 Mark jährlich.

Im Reichsdurchschnitt kam im Jahre 1928 auf 100 Morgen eine Gesamtschätzung von rund 320 Mark, in Ostpreußen eine solche von 508 Mark. Neben für Kammer- und Verbandsträgern kamen im Reichsdurchschnitt 105 Mark (nur für die landwirtschaftlich genutzte Fläche gerechnet) hinzu. Schätz man den Erntewert von 100 Morgen, die mit Roggen bestellt sind, auf 7200 Mark, so liegt eine Sondersteuer von fast 2 Proz. auf diesem Bruttoertrag, die für die Landwirtschaft für ihre leeraufwendigen und verwerflichen Organisationen selbst aufgeliefert hat. Man redet nicht zuviel, wenn man von den 100 bis 110 Millionen Mark des Reichslandbaus abzieht. Setzt man nur 5000 Mark für jeden landwirtschaftlich genutzten Morgen, so kommt man auf ein Heer von annähernd 10 000 Militärenten, die für den Not der Landwirtschaft bezahlt werden müssen.

Charakteristisch, was in den Landwirtschaftskammern oft an Reklamationen und Tagelöhner verbracht wird. Aus der Hauptversammlung der Kammer für Schleswig-Holstein werden jährliche Reklamationen von 220 000 Mark jilert.

„Das ist der Wert von zwei mittleren Marktschiffen, die auf diese Weise jährlich auseinandergeführt werden. Man muß solchen Summen gegenüber bedenken, daß das ganze preussische Landwirtschaftsministerium mit 70 000 Mark Reklamationen auskommen vermag.“ So zu lesen bei Peters, Seite 84. In Preußen seien 10 Proz. des Reichslandbaus der Kammer zu sparen. Wir wünschen dem neuen Bund der deutschen Bauern keine Erfolge, auch wenn ein neuer Ruprecht Kaiser ausstehen würde, der 1898 gegen den Reichstagsler Caprivi vorstieß, unter die Sozialdemokraten zu gehen und mit diesen gegen die Regierung Front zu machen. Hinter dem neuen Bund der deutschen Bauern steht der Geist des alten Wangenheims und Flemming-Baagigs sind Großgrundbesitzerprotektoren genug; daran kann man sich nicht wundern, daß die Herren bei diesen Zeiten nicht ändern. Mögen die Herren ihre Bestrebungen nicht ausführen. Die Zeit für Unterbrechungen ist vorbei. Aber die Öffentlichkeit darf dankbar dafür sein, daß bei dem hässlichen Streit in der Landwirtschaft sich auf vieles viel was bisher sorgsam im Verborgenen gehalten wurde. Darum sollte auch in der Arbeiterkreise Dr. Peters lehrreiche Schrift sorgfältige Beachtung finden.

Fischerfreit

Eigener Bericht
Güterstraße, 15. November.

Nach fünfmaligem Bohnbau hatten die Unternehmern der Fischindustrie einen letzten Bohnbau geordert, und zwar für Männer von 8 Pf., für Frauen von 6 Pf. die Stunde. Die Gewerkschaften und die Arbeiter der Betriebe haben jedoch die Forderungen der Unternehmer als auch einen Schlichter, monach der Lohn für Männer um weitere 2 Pf. und für Frauen um 4 Pf. erhöht werden soll, abgelehnt und in geteilter Abstimmung sich einstimmig dem Streik beschloßen.

Dampfer in Flammen

Der holländische 15 000-Tonnen-Dampfer „B. C. Hoof“ war im Hafen von Amsterdam durch Feuer fast völlig zerstört. Der Brand entstand, während das von einer Ölbrennerei zurückgeleitete Schiff zur Verfrachtung von Ratten mit Blausäure verpackt wurde. Das Feuer wurde zu spät bemerkt, sämtliche Fischereiwaren verbrannt.

Die Zementkammer

Die Berliner Zementwerksvereinigung gegen die beiden St. Luke Brandt und Leyhardt, die zur Zeit der WBO-Tumulte Straßenbahnen mit Zement ausgestattet haben, wurde zur Entscheidung an das ordentliche Gericht verurteilt. Es scheint gegen die Angeklagten noch ein Ermittlungsverfahren wegen einer Schieberlei, die sich unmittelbar vor ihrer Bestimmung abspielte. Die beiden Verfahren sollen nacheinander verbunden werden.

Flug nach Kapstadt

Die 20jährige englische Fliegerin Amy Johnson ist zu einem Etappenflug England-Kapstadt gestartet. Die Pilotin ist feinerzogen durch ihren Mannflug England-Australien und durch ihren 10-Tage-Flug London-Toronto bekannt geworden. Sie hofft diesmal, den auf der Strecke England-Kapstadt im ihrem Namen, dem Flieger William, aufgestellten Rekord (4 Tage, 17 Stunden, 19 Minuten) zu unterbieten.

Seniorenrat Freispruch

Vor dem Schwurgericht Prenzlau wurden drei bisher unbestrafte junge Männer von der Anklage der Ermordung des polnischen Eisenwerks aus Jolchow (Kreis Prenzlau) freigesprochen. Die Beweisaufnahme und die Zeugenaussagen eines Berliner und eines Stettiner Kriminalkommissars ergaben, daß das Verbrechen von zwei polnischen Schmittern verübt worden ist, die mittlerweile wegen eines Landbesitzmordes verhaftet worden sind. Die wirklichen Täter haben inzwischen auch ein Geständnis abgelegt.

Ein Luftfahrtsystem

Auf dem Staatsamtshof Berlin-Johannisthal wurde am Dienstag mit einer Anrede von Oberbürgermeister Dr. Sobm ein Luftfahrtsystem eröffnet. Hehrliche Bilder und Modelle veranschaulichten die imponierende rasche Entwicklung des Flugwesens. Ferner sieht man eine vollständige Führergondel eines alten Zeppelinluftschiffes, mehrere erbeutete Kriegsluftzeuge, unter ihnen ein russisches Flugboot, und den von den Kriegspiloten freigelegten von Richtigem geflossenen Albatros-Fliegerhüter.

Mordanklage!

Die Staatsanwaltschaft II Berlin hat gegen den Beruflosen Friedrich Starb, der am 6. September die Sprachlehrerin Bruscati in ihrer Wohnung ermordet und beraubt hat, Anklage wegen Raubmordes erhoben.

Flucht eines Bankiers

Direktor Schäfer von der Düsseldorf-Filiale der Debi-Bank ist geflüchtet. Eine Nachprüfung ergab, daß Dr. Schäfer Konten seiner Bankkunden in Anspruch nahm, um eigene Schulden, die er durch mißglückte Wertpapierkäufe erlitten hatte, zu decken. Die Höhe des Schadens steht noch nicht fest.

Kindertagodie

In Rön verbrachte ein anderthalbjähriges Kind ein mit einer Tadel verheerendes Glasauge, das von seinem Leihgeber stammte. Die ärztliche Hilfe zur Stelle war, erlitt das Kind.

80 000 Mark unterschlagen

Die Große Strafkammer Kassel verurteilte den 28 Jahre alten Bankaffärer Will Kraft wegen fortgesetzter Urkundenfälschung und wegen Unterschlagung von 80 000 Mark zu zwei Jahren Gefängnis. Die Unterschlagungen wurden fünf Jahre hindurch nicht aufgedeckt, weil die Bankkunden, die Kraft betrog, keine laufenden Kontenbücher über den Stand ihrer Sparausgaben betamen. Der Borkühende wies in der Urteilsgründung darauf hin, daß der Angeklagte nicht verdienen konnte mit den Familienvermögen, die die Post auf dem Wege zum Bankier nach den Buchhalten des Geleises hart befristet werden müßten.

Ein Todesurteil

Schwurgericht gegen kommunistischen Arbeiter

Chemnitz, 15. November. Das Chemnitzer Schwurgericht hat ein Todesurteil gegen den Arbeiter Bartz wegen gemeinschaftlichen Mordes an einem Arbeiter und wegen Vergehen gegen das Schulgesetz von 6 Monaten Gefängnis. Der Angeklagte wurde außerdem zu lebenslänglichem Ehrverlust verurteilt. Bartz war Mitglied der kommunistischen „Roten Wehr“.

Am 4. August kam es in Chemnitz im Gast Herold, einem SA-Zentral, zu einem Zusammenstoß zwischen SA-Beuten und dem Angeklagten, der mit einem Revolver, der fälschlich ist, und dessen Namen der Revolvere nicht kennen will, in angetrunkenem Zustande gegen Mitternachts das Zentral auszufeuert hatte. Bei dem Zusammenstoß wurde ein mit den Nationalsozialisten sympathisierender Dentist von dem Begleiter Bartz erschossen. Bartz selbst wurde auf der Flucht von der Polizei verhaftet. Man fand ihn in völlig erschöpftem Zustande mit einer schweren Kopfverletzung auf, die sich Bartz bei dem Zusammenstoß zugezogen hatte. Der unglückselige Dentist wurde öffentlich auf dem Friedhof der Richter.

Schwere Bluttat

Breslau, 15. November. Aus dem Grenzübergangsort Treptan (Kreis Mielitz) wird eine schwere Bluttat gemeldet. Ein Arbeiter fand am Dienstag früh gegen 8 Uhr die 61jährige Händlerin Elfe Weiner in ihrem eigenen Laden ermordet auf. Vermutlich liegt Raubmord vor.

Die Leiche wird außer Verletzungen am Kopf und Gesicht Würgemerkmalen am Hals und an den Spuren des mörderischen Täters sind bereits von der Breslauer Mordkommission aufgenommen worden.

Die Rüstungsinternationale

Die Nationalisten aller Länder sind wieder allig am Werke, um den kommenden Krieg vorzubereiten. Das ist ein internationales Handwerk, international wie die Rüstungsindustrie! Das „Deutsche Militärwochenblatt“

hat kürzlich Anzeigen veröffentlicht, in denen die englische Rüstungsfirma Vickers-Armstrongs schone Beiträge zum Kauf anbot. Diese Infere hat keine Anfragen im englischen Unterhaus hervorgerufen.

Das „Deutsche Militärwochenblatt“ nimmt dazu Stellung. Es erklärt, daß die englische Rüstungsfirma im „Deutschen Militärwochenblatt“ in derer, weil das Blatt wegen seiner traditionellen militärischen Güte von den Heeresverwaltungen aller der Länder gelesen werde, die ihre militärische Ausrüstung aus England beziehen.

England liefert die Geschütze, Deutschland liefert dazu die theoretische Gebrauchsanweisung und die Belagerung über die Kriegstunf, ein drittes Band macht vielleicht Gebrauch von dem, was es so geliefert erhält und wendet Geschütze nicht Gebrauchsanweisung gegen die Rüstungsanbieter an. Es ist eine edle Internationale der Vorbereitung des kommenden Krieges; die englische Rüstungsfirma, das deutsche Militärwochenblatt und die Interessenten für beides in anderen Ländern!

3 bis 4 Millionen Schaden!

Gegen den fälschlichen Direktor Schäfer der Düsseldorf Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft wurde Anzeige erstattet. Die von ihm getriebene Bankfiliale schelm um etwa 3 bis 4 Millionen Mark geschädigt worden zu sein. Soweit ermittelt, hat Direktor Schäfer persönliche Verluste durch Kundengelder zu decken verlangt. Die fälschliche Reklamationen wurden bei sehr verzwickten Transaktionen aufgedeckt.

Arbeit — aber kein Lohn

Der Deutsche Tierarztverein ludt eine Konvention, und zwar ohne Lohn. Großzügig „Geld als Beweismittel“ entlohnt werden, praktische Tierärzte geteilt zu haben. Arbeit, aber kein Lohn — welche groteske Differenz zwischen öffentlich zur Schau getragener Tierliebe und mangelnder Respektlosigkeit!

Staatsmedaille für Hauptmann

Von der reichsmächtigen Regierung verliehen

Dienstagvormittag um 11 Uhr begab sich der preussische Kultusminister Grimme in Begleitung des Ministerialdirektors Dr. Brecht zu Gerhart Hauptmann und überreichte ihm die Bereihungsurkunde für die Große Preussische Staatsmedaille. Die Urkunde hat folgenden Wortlaut:

„Bereihungsurkunde. Die preussische Staatsregierung hat auf Vorschlag des preussischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Kultusbildung einstimmig beschlossen, Deutschlands und Preußens großen Dichter Hauptmann als Dank für sein Lebenswerk, in dem sich das Recht Bahn bricht gegen die Gewalt, der Geist gegen Hochmut und die Seele gegen alles, was die Seele tötet, zu seinem 70. Geburtstag die Große Preussische Staatsmedaille für Verdienste um den Staat zu verleihen. Berlin, den 15. November 1922. Der Preussische Staatsminister. Braun. Grimme.“

Gerhart Hauptmann dankte der preussischen Staatsregierung mit bewerteten Worten für diese Ehre.

Die Staatsregierung ist der Meinung, daß sie allein zu einem solchen Hohnbestand berechtigt ist und daß allenfalls in ihrem Auftrag die kommunistische Regierung die Medaille überreichen konnte. Bei der Feier im Staatlichen Schauspielhaus ist die Staatsregierung nicht vertreten.

Die Kommisjare in Preußen erlassen die folgende Verlautbarung: „Die Kommisjare des Reiches in Preußen haben bereits vor längerer Zeit in einer Staatsministerialentscheidung beschlossen, Herrn Gerhart Hauptmann durch Lieberreichung der Großen Staatsmedaille zu ehren. Sie teilten mit Berichtgebung fest, daß durch den Beschluß der Regierung Braun zum Ausdruck gebracht wird, daß in der Frage einer Ehrengabe Gerhart Hauptmanns über alle politischen Gegenstände hinweg eine einseitige Auffassung besteht.“

Vorher wurden von dieser Seite Auffassungen verbreitet, die einen widerlichen Streit selbst in dieser Angelegenheit erkennen ließen! Ein herrliches Regiment, die kommunistische Diktatur!

Vereins-Kalender

Der Ortsrat der G.D. ...
 ...
 ...

Aus dem Bes. d. S.
 ...
 ...

Ufa-Theater Alte Promenade

Morgen, Freitag, Erstaufführung
Mady Christians, Conrad Veidt
 in dem neuesten Film
 der Ufa:

Der schwarze Husar

Man könnte bei-alle von einem
 ...
 ...

Die Ufa-Ton-Woche!

Werktag: 4.00 5.50 8.1
 Freitagskonzert: 3.00 5.00 8.1
 Die Jugend hat Zutritt!

Zurück

Dr. med. Ettinger
 Leipziger Str. 56 I, Ruf 240 16

Die Versorgung der Arbeitslosen

nach dem neuesten Stande
 der Gesetzgebung.

Arbeitslosen-Versicherung

Krisenfruchtbar ...
 ...
 ...

Volksblatt-Buchhandlung

Halle, Große Märkerstraße 6

An jeder Restauration und bei jedem Arzt

verlangt das

„Volksblatt“

falls nicht vorhanden, jedoch zum Abonnement auf!

Eilenburg-Torgau

Fitzek

Spezial-Baus in allen ...
 ...
 ...

Preiswert und gut

...
 ...
 ...

ROS, Torgau

...
 ...
 ...

Stadttheater

...
 ...
 ...

Walhalla

...
 ...
 ...

Schallenterei

...
 ...
 ...

Moderne Küchen

...
 ...
 ...

Bruno Paris

...
 ...
 ...

Z-Lin-Wohnung

...
 ...
 ...

Bitte

...
 ...
 ...

Gaststätten

...
 ...
 ...

amtliche Bekanntmachungen

...
 ...
 ...

Familien-Nachrichten

...
 ...
 ...

Ein Beispiel der Leistungen aus unserer

Klein-Möbel-Abteilung
 Bücher-Schrank
 mit Nubouam besetzt und vier verstellbaren Böden



Höhe 158 cm
 Breite 72 cm
 Tiefe 30 cm
27,-
A. Huth & Co.
 A.-G., Halle, Markt und Gr. Steinstr.

Mutter!

...
 ...
 ...

Das große Doppelprogramm

...
 ...
 ...

BT

...
 ...
 ...

Ben Hur

...
 ...
 ...

DRUCKSACHEN

...
 ...
 ...

Ein Beispiel der Leistungen aus unserer

Klein-Möbel-Abteilung
 Bücher-Schrank
 mit Nubouam besetzt und vier verstellbaren Böden



Höhe 158 cm
 Breite 72 cm
 Tiefe 30 cm
27,-
A. Huth & Co.
 A.-G., Halle, Markt und Gr. Steinstr.

Mutter!

...
 ...
 ...

Das große Doppelprogramm

...
 ...
 ...

BT

...
 ...
 ...

Ben Hur

...
 ...
 ...

DRUCKSACHEN

...
 ...
 ...

Schokoladenfabrik

Verkaufsstellen **nahe**, Waisenhausring 1, Große Ulrichstraße 39, Leipziger Straße 56, Leipziger Straße 97, Bumburger Straße 25, Gr. Steinstraße 12, Gr. Steinstraße 69, Schmeersstraße 26, **Merseburg**, Gotthardstraße 37, **Bitterfeld**, Rathenaustraße 59, **Wittenberg**, Coswiger Straße 1

Warum gibt es Armut im reichsten Lande der Welt? Warum werden die Reichen immer reicher, die Armen immer ärmer?

Das neue Werk von

UPTON SINCLAIR
Briefe an einen Arbeiter

mit 20 prachtvollen Zeichnungen der proletarischen Künstlerin **Lilli Roth** stellt die Antwort.

188 Seiten stark, Ganzleinen gebunden, farbiges Umschlag, Ladenpreis 3,80 RM. Als Organisationsausgabe für Partei- und Gewerkschaftsmitglieder sowie für die Leser der Zeitung nur **2,50**

Zwei Millionen Arbeitslose, verheerende Krise in Amerika, im fortgeschrittenen kapitalistischen Ruin der Welt. Der Sozialist **UPTON SINCLAIR**, mit Recht der Liebhaberschrittsteller der Arbeiterschaft, leuchtet in diesen Dschungel der kapitalistischen Wirtschaft hinein. In unmittelbarem Plauderton, in Form von Briefen an einen bedürftigen Arbeiter, mit Witz, Humor und hinreißender Sprache, an Hand von zahlreichen interessanten Daten und Beispielen aus dem Leben, schildert der Autor das Ausbeutungssystem Amerikas. Ein unentbehrliches Buch für den kassensüchtigen Arbeiter, dabei leicht lesbar, spannend bis zum letzten Wort

Volksblatt-Buchhandlung

Halle (Saale), Große Märkerstraße 6

WITTENBERG Rali LICHTSPIELE

Neuaufführung
 des gewagten und bisher unerreichten Tonfilm, welches am Freitag, dem 15. November



Luis Trenker
BERGE
IN FLAMMEN
 Kampf der Kaiserjäger um ihre Heimat Tirol
 Den Film, welchen Sie nicht versäumen dürfen. Jugendliche haben Zutritt.

RUND FUNK

PROGRAMME

Leipzig

Donnerstag: 17.30 bis 17.55: Wetter und Zeit; 18.00: Brautwerbung; 18.15: ...
Freitag: 6.15: Jungmannstift; 6.30: Frühkonzert; 10.10: Schulfunk; ...

Erstklassige Radio-Apparate

Otto Gröbel Wilhelmstr. 44
 Fernr. 263 64

Königsmusterhausen

Donnerstag: 15.45: Wie unter Pojellon entlehnt; 16.00: ...
Freitag: 6.15: Jungmannstift; 6.30: Wetter; ...

Warum gibt es Armut im reichsten Lande der Welt? Warum werden die Reichen immer reicher, die Armen immer ärmer?

Das neue Werk von

UPTON SINCLAIR
Briefe an einen Arbeiter

mit 20 prachtvollen Zeichnungen der proletarischen Künstlerin **Lilli Roth** stellt die Antwort.

188 Seiten stark, Ganzleinen gebunden, farbiges Umschlag, Ladenpreis 3,80 RM. Als Organisationsausgabe für Partei- und Gewerkschaftsmitglieder sowie für die Leser der Zeitung nur **2,50**

Zwei Millionen Arbeitslose, verheerende Krise in Amerika, im fortgeschrittenen kapitalistischen Ruin der Welt. Der Sozialist **UPTON SINCLAIR**, mit Recht der Liebhaberschrittsteller der Arbeiterschaft, leuchtet in diesen Dschungel der kapitalistischen Wirtschaft hinein. In unmittelbarem Plauderton, in Form von Briefen an einen bedürftigen Arbeiter, mit Witz, Humor und hinreißender Sprache, an Hand von zahlreichen interessanten Daten und Beispielen aus dem Leben, schildert der Autor das Ausbeutungssystem Amerikas. Ein unentbehrliches Buch für den kassensüchtigen Arbeiter, dabei leicht lesbar, spannend bis zum letzten Wort

Volksblatt-Buchhandlung

Halle (Saale), Große Märkerstraße 6

Werbi neue Leser!